



Bundesverband der
Zigarrenindustrie

Positionspapier zur Überarbeitung der Tabakprodukt-Richtlinie 2001/37/EG

Hintergrund

Die Europäische Kommission führt derzeit die Überarbeitung der Tabakprodukt-Richtlinie 2001/37/EG durch, welche die „Herstellung, Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen“ regelt. Der Änderungsvorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie wird im ersten Halbjahr 2012 erwartet.

Geplante Maßnahmen

Neben vielen Detailfragen, die in der Richtlinie geregelt werden, sind es vor allem **vier Maßnahmen**, die die gesamte Zigarrenbranche an den Rand der Wirtschaftlichkeit drängen würden:

- 1) Neutrale Einheitsverpackungen (Plain Packaging)
- 2) Vergrößerte bildliche Warnhinweise
- 3) Präsentationsverbot von Tabakwaren am Verkaufsort (Display Ban)
- 4) Regulierung von Zusatzstoffen

1) Neutrale Einheitsverpackungen

Verbot der Nutzung von Markenlogos und jeglichen anderen farblichen Gestaltungen von Zigarrenverpackungen.

→ Position des BdZ

Plain Packaging stellt eine unverhältnismäßige und rechtswidrige Maßnahme dar, die die Zigarrenindustrie über Gebühr belasten würde.

Es existiert kein wissenschaftlicher Nachweis, dass Plain Packaging den Tabakkonsum reduziert bzw. die Gestaltung von Verpackungen zum Konsum von Tabakwaren verleitet. Wirtschaftlich und rechtlich gesehen bedeutet Plain Packaging eine Enteignung von eingetragenen Marken und der in die Marken investierten Vermögenswerte.

Die Maßnahme verstößt gegen wesentliche Grundrechte des Grundgesetzes wie Art. 5 (Meinungsäußerungsfreiheit), Art. 12 (Berufsfreiheit) und Art. 14 (Eigentumsgarantie) und verletzt zudem die Bestimmungen zur Warenverkehrsfreiheit des Art. 34 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), sowie Rechtsgrundsätze der europäischen Grundrechtecharta (Art. 17 „Eigentumsrecht“) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Einheitspackungen führen dazu, dass die bestehenden Marktanteile großer internationaler Anbieter zementiert werden, was gerade für die mittelständischen deutschen Zigarrenhersteller mit ihrer Vielzahl an kleinen Marken einer starken Wettbewerbsbenachteiligung gleichkommt.

2) Bildwarnhinweise

Zusätzlich zu den bestehenden Warnhinweisen soll der Raucher mittels Bildwarnhinweisen über Gesundheitsrisiken informiert werden.

→ Position des BdZ

Es besteht kein wissenschaftlicher Nachweis, dass mit einer Vergrößerung der Fläche der Warnhinweise die Informationsvermittlung an den Verbraucher verbessert wird. Erfahrungen über die Auswirkungen auf den Zigarettenkonsumenten können nicht auf den Zigarrenraucher übertragen werden, da es sich um einen anderen Konsumententyp mit einem anderen Rauchverhalten handelt.



Bundesverband der
Zigarrenindustrie

Bildwarnhinweise bieten keine zusätzliche Information im Vergleich zu Textwarnhinweisen. Sie wirken überwiegend abstoßend und diskriminieren so die legal hergestellten Tabakprodukte, ohne den gesundheitspolitisch definierten Zweck zu erfüllen.

3) Präsentationsverbot von Tabakwaren am Verkaufsort (Display Ban)

Ein vollständiges Werbe- und Präsentationsverbot am Verkaufsort von Tabakprodukten.

→ Position des BdZ

Ein Display Ban führt zu einer Zementierung von Marktanteilen gerade zum Nachteil der kleinen und mittelständischen Anbieter der deutschen Zigarrenindustrie, da mit dem Verbot der Produktpräsentation ein wesentliches Element des Wettbewerbs und eine der letzten Kommunikationsmöglichkeiten im Tabaksektor außer Kraft gesetzt wird. Der Markteintritt mit neuen Produkten bzw. neuen Anbietern wird unmöglich werden.

Außerdem verstößt diese Maßnahme gegen die von Art. 5 und 12 GG geschützte Meinungs- und Berufsausübungsfreiheit der Hersteller und stellt einen Eingriff in das von Art. 14 GG geschützte Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb der Einzelhändler dar.

4) Regulierung von Zusatzstoffen

Ein Verbot von Tabakzusatzstoffen, das auf den Annahmen beruht, dass Zusatzstoffe „süchtig machende“ Wirkung von Tabakprodukten verstärken oder Tabakprodukte „attraktiver“ für den Konsumenten machen könnten.

→ Position des BdZ

Ein Verbot solcher Zusatzstoffe wird zu einer europäischen „Einheitszigarre“ führen und den Firmen die Möglichkeit nehmen, sich im Wettbewerb voneinander zu differenzieren. Außerdem wird man den Konsumentenwünschen nach bestimmten Produkten nicht mehr gerecht werden können.

Die wissenschaftliche Expertengruppe der Europäischen Kommission (Scientific Committee on Emerging and Newly Identified Health Risks SCENIHR) hat zentrale Fragen zur Beurteilung von Attraktivität und Suchtpotenzial von Zusatzstoffen in Tabakprodukten untersucht und kommt zu dem klaren Schluss, dass kein Zusatzstoff identifiziert werden konnte, der für sich selber eine süchtig machende Wirkung besitzt. Zusätzlich gibt es keine Anhaltspunkte für eine Verstärkung der süchtig machenden Wirkung von Nikotin durch Zusatzstoffe.

Fazit

Die angedachten Maßnahmen im Rahmen der Evaluierung der Tabakprodukt-Richtlinie lehnt Bundesverband der Zigarrenindustrie ab. Sie sind unter rechtlichen Aspekten sehr kritisch zu bewerten und werden besonders für die mittelständisch organisierte deutsche Zigarrenindustrie untragbare wirtschaftliche Auswirkungen haben. Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Zigarren und Zigarillos bedürfen auf Grund ihrer besonderen Eigenschaften keiner weiteren Regulierung.

Vor diesem Hintergrund fordert der Bundesverband der Zigarrenindustrie, dass die Tabakprodukt-Richtlinie in ihrer bisherigen Fassung unverändert bestehen bleibt. Sollten trotzdem weitere Maßnahmen ergriffen werden, müssen Zigarren und Zigarillos unter Berücksichtigung ihrer besonderen Eigenschaften – wie bereits in anderen Richtlinien geschehen – von diesen Maßnahmen ausgenommen werden.